

# Merseburger Tageblatt

Abgabe des Monatspreises für den Monat Juni 1919. 30. Monatspreis M. 1.10. Bei Vorbestellung des Monatspreises für den Monat Juni 1919. 30. Monatspreis M. 1.10. Bei Vorbestellung des Monatspreises für den Monat Juni 1919. 30. Monatspreis M. 1.10.

## Kreisblatt

Abgabe des Monatspreises für den Monat Juni 1919. 30. Monatspreis M. 1.10. Bei Vorbestellung des Monatspreises für den Monat Juni 1919. 30. Monatspreis M. 1.10. Bei Vorbestellung des Monatspreises für den Monat Juni 1919. 30. Monatspreis M. 1.10.

## Zeitung für Stadt u.



## Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 129.

Dienstag, den 17. Juni 1919.

159. Jahrgang.

### Tageschronik

In Versailles wird heute die Ententantwort überreicht.  
Nur zwei Tage Frist zur Überlegung?  
Die Entente hofft auf eine unterzeichnungsunwillige Regierung Ergeber.  
Der deutsche Dänen zur Waffenabgabe fest entschlossen.  
Allgemeiner Bergarbeiterstreik in Frankreich.  
Gärungen und Unruhen im hungernden Italien.  
Ein hitziger Sonntag in Wien.  
Neue Sportplatzkennntriebe im Reich.  
Wissens Planwirtschaft vor dem Forum des Weimarer Parliaments.

### Der neue Berliner Schicksalsstag.

Die Antwort wird heute überreicht. — Fünf Tage Frist.  
„Main“ berichtet, daß die Ueberreichung der Antwort der Alliierten am Montag nachmittag erfolgt ist. Es wird keine besondere Cerimonie geben, sondern ein Akt des Ministeriums des Innern wird das Dokument genau wie eine gewöhnliche Note dem Delegationsrat Feiler von Versner überreichen. Der Brief, der dem Dokument beigegeben wird, soll festes Tonpapier sein und beschriften, daß jede Diskussion geschlossen ist und die Deutschen nur noch mit „Ja“ oder „Nein“ antworten können.  
„Main“ berichtet weiter, daß die vom Generalsekretär der Friedenskonferenz heute mittag dem Grafen Brodorski persönlich übergebene Antwort aus einem kurzen Bescheid besteht, in dem der Entschluß der Alliierten kurz angelegt wird, aus einer Delegation von etwa 50 Mitgliedern, welche auf jede der deutschen Forderungen eingetrigt und aus dem Wortlaut des Entwurfs besteht, wie er sich nach den Verhandlungen der Alliierten befindet. Die Antwort der Alliierten wird heute abend der Presse bekanntgegeben werden, während der Vortrag mit den Verhandlungen geheim bleiben soll. Wie die Alliierten meinen, sind in die fünfjährige Frist die drei Jahre einbezogen, welche für die Abwicklung des Waffenstillstandes vorgesehen sind.  
Nach dem „Temps“ hat der Vizeerrat Sonntag vormittag noch einmal den Inhalt der Antwort auf die deutschen Gegenforderungen besprochen. Die Antwort der Alliierten wird demnächst bekanntgegeben werden. Die Antwort der Alliierten wird heute abend der Presse bekanntgegeben werden, während der Vortrag mit den Verhandlungen geheim bleiben soll. Wie die Alliierten meinen, sind in die fünfjährige Frist die drei Jahre einbezogen, welche für die Abwicklung des Waffenstillstandes vorgesehen sind.

Nach dem „Temps“ hat der Vizeerrat Sonntag vormittag noch einmal den Inhalt der Antwort auf die deutschen Gegenforderungen besprochen. Die Antwort der Alliierten wird demnächst bekanntgegeben werden. Die Antwort der Alliierten wird heute abend der Presse bekanntgegeben werden, während der Vortrag mit den Verhandlungen geheim bleiben soll. Wie die Alliierten meinen, sind in die fünfjährige Frist die drei Jahre einbezogen, welche für die Abwicklung des Waffenstillstandes vorgesehen sind.

### Die japanische Einmischung.

„Chicago Tribune“ bringt die Russen erregende Meldung, daß die Japaner in letzter Stunde wieder einmal ein Wächterwort gesprochen und innerhalb zweier Stunden mehr erreicht haben, als der Rest der Entente in Monaten. Das amerikanische Blatt ist besorgt, daß über Japans „Hinterlist“ berichtet. Das benachteiligte Japan in kürzester Zeit mit einem Ausmaß, das die Interessen der Entente insoweit verbietet und versiegelt in den Originalfriedensbedingungen aufgenommen werden müssen, ist immerhin ein Beweis des japanischen Einflusses im Entente. Das benachteiligte „Chicago Tribune“ wittert bereits ein deutsch-japanisches Bündnis. Die Warnung ist nicht wieder einmal alles umgefallen.

### Inoffizielle Beratungen mit Deutschland?

Genf, 14. Juni. Nach Pariser Informationen besteht augenblicklich seitens der Alliierten die Absicht, mit den Alliierten der deutschen Friedensdelegation in eine inoffizielle Besprechung über die Antwort der Alliierten einzutreten, die die definitive Antwort der deutschen Regierung überreicht werden soll. Dieser Vorstoß flammte aus Kreisen der amerikanischen Delegation, die auf diese Weise, einen möglichen Abbruch der Verhandlungen verhindern will. Graf Brodorski soll dadurch Gelegenheiten erhalten, die Alliierten Deutschland noch einmal auseinanderzusetzen. — Der Plan habe auch die Zustimmung von Lord Georges gefunden; augenblicklich sei man bemüht, den Widerstand der französischen Delegation zu brechen, die sich hartnäckig weigert, mit den Deutschen über die Friedensbedingungen zu verhandeln.

### Die „Hoffnung“ der Alliierten.

„Newport Sun“ schreibt: Die Alliierten glauben zuversichtlich, daß die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages zur Revolution in Deutschland führen und eine neue Regierung unter Erzberger (!) aus Ruhr bringen wird, die den Vertrag wahrscheinlich unterzeichnen würde. In dem Artikel wird angegeben, daß die Alliierten wegen der politischen Lage und aus Furcht vor einem allgemeinen Krieg keine Lust dazu haben, militärische Maßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen.

Eine Regierung Erzberger? Keine Deutschland kommt hofft die diese Seite verdient? Doch zwar Erzberger jeden Frieden unbedenken unterzeichnen wird, ist bei seiner Routine im Unterschreiben wohl anzunehmen, und die Entente braucht ihm nur eine einzige Stunde Frist zu stellen — in dieser Zeit würde der „Wohlfahrter“ aus Deutschland für mit Lord Georges eingewickelt werden.

### Urkundenbesetzung in der englischen Flotte.

Amsterdam, 14. Juni. Wie die Daily Mail berichtet, hat die englische Flotte am 20. Juni nachmittags an alle Kreuzer für Ankerplätze in der englischen Flotte aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt an steht die englische Flotte zur Verfügung des Oberkommandierenden der Alliierten.

### Fünf Milliarden Kriegsschuldung durch Deutsch-Decker.

Genf, 14. Juni. In einer Kritik der Vertragsbedingungen von St. Germain macht das „Journal de Geneve“ Mittelungen über die Höhe der Deutsch-Decker von den Alliierten ansetzenden Kriegsschuldung. Demnach soll Deutsch-Decker fünf Milliarden Franz. zahlen. Eine Summe, die es nach Meinung des Blattes nicht aufzuführen vermag.

### Nähertritt des japanischen Vorkämpfers in den Vereinigten Staaten.

Amsterdam, 14. Juni. Einer Washingtoner Meldung zufolge wird der japanische Vorkämpfer in den Vereinigten Staaten, Baron Yashii nach einem Urlaub nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Seine Abberufung ist erfolgt, weil es ihm nicht gelungen ist, in der amerikanischen Öffentlichkeit gerühmtes Verhältnis für die Politik Japans in den Vereinigten Staaten zu erwecken.

### Abgabe Wilsons an die Freie.

Amsterdam, 14. Juni. Nach einer Pariser Meldung des „New York Herald“ hat Präsident Wilson am Donnerstag den Vertretern der amerikanischen Freie in Paris Wilsons und Dames eine Absage erteilt. Er erklärte ihnen, daß es der amerikanischen Friedensdelegation nicht möglich sei, die Sache Japans offiziell vor der Friedenskonferenz zur Sprache zu bringen.

### Die Streikbewegung in Frankreich.

Nach keine Entscheidung über den Generalfreik.  
Wie die Wäiter melden, dauern die Unruhen mit ununterbrochener Stärke fort. Die „Humanite“ berichtet, ist die Arbeiterbewegung der Alliierten ebenfalls hart wie am ersten Tage. Sie sind entschlossen, unter allen Umständen durchzuhalten.

Ueber den in Aussicht genommenen Generalfreik ist bisher noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Die Bewegung ist darauf zurückzuführen, daß die Leiter der Streikbewegung eine Parallellinie in Italien und England hervorgerufen wünschen. Die geschäftlichste Ansicht des allgemeinen Arbeitervolkes hat erklärt, daß die englischen und italienischen Arbeiterbewegungen sich grundsätzlich mit dem Gedanken des gemeinsamen Generalfreiks einverstanden erklärt haben.

### Die Steuern Schiffers.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Bekanntlich hat der Nachfolger des Reichsfinanzministers Schiffer Dr. Dernburg, erklärt, er werde erst dann an die Bearbeitung eines neuen Steuerentwurfes gehen, wenn sich mit Sicherheit sagen läßt, wieviel das Reich haben muß, um seine Kriegsverpflichtungen erfüllen zu können und selbst wirtschaftlich gesichert zu sein. Dieser Standpunkt ist nur anzuerkennen, denn ein grundränder Steuerprogramm ist notwendig und es wäre fahrlässig, wollte die Nationalversammlung heute schon einzelne Steuern beschließen, um später das große Programm zu beenden. Was Dernburg meint, weiß man nicht, aber wir hören heute, daß er nur für seine eigene Zurückhaltung über will, denn jene Steuern, die sein Vorgänger Schiffer beraten und ausgearbeitet hat, will er jetzt schon der Nationalversammlung übergeben. Er will sie weder in seine Reform einziehen, noch sie mit ihnen verbinden. Er nimmt sie, weil sie einmal erachtet und ausgearbeitet sind, und selbstverständlich in dem letzten Gedanken, daß seine Nachkommen desto strenger zu sein brauchen. Inwiefern man wird, wenn hier ausdrücklich auf von Schiffers Steuern die Rede ist, nicht verstehen dürfen, daß eine Beratung dieser Steuern der Steuerreform voraussetzt und (wie man ausnimmt) ein Steuerverfahren voraussetzt, das auf die spätere Gesetzgebung nicht ohne Einfluß bleiben kann.

Der Staatenausgleich soll sich mit den Schiffers Steuern verbinden und ist ein Schritt dahin. Es handelt sich um die Kriegsgeldsteuer vom Vermögensgegenstand, um eine Kriegsgeldsteuer für 1919 für Mehrertrömmen. Diese beiden Gesetzentwürfe sind ja bereits verabschiedet worden. Sodann hat Schiffer, wie jeder Finanzminister das bisher gemacht, sich der Erbschaftsteuer angenommen und es besteht die Erweiterung der bisherigen Bestimmungen vorzuschlagen, so die, daß die Steuer auch auf Dependenten und Ehefrauen ausgedehnt werden soll. Sie stellt eine Veränderung dar, die sich der Höhe des Vermögens des Erben und der Höhe der Erbschaft. Welche Erben werden höhere Abgaben zu zahlen haben als andere. Bestimmt ist die Tabaksteuer in Form der Randsteuersteuer ein Ausstoß auf gute Steuerertrömmen. Und auch die Zuckersteuer, die eine Verdoppelung erzielen soll, vertritt einen guten Gewinn. Wenig zu kritisieren werden die Kommunen damit sein, daß Schiffer an eine Reichssteuererhöhung für 1919 denkt. Sie haben die Kommunen hier eine gute Ermahnung gemacht und sie auch getreulich ausgeführt. Wie sie vom Reich für den Anfall abzugsfähig werden, steht noch nicht fest. Aber das Reich will auch noch rigoros vorgehen als die Kommunen. Es will überhaupt jedes Nachgeben ablehnen. So wird z. B. eine Hochsteuer, von Abhängigkeiten herab, besteuert werden. Jede Reichssteuererhöhung wird vom Staat mit Steuern besetzt. Insbesondere, wenn sich für die Reichssteuer zusammenziehen und recht vermagte Gesichter machen, so können sie sicher sein, daß der Steuererheber oder mindestens die Hausfrau erhebt, der Abgabeanteil in der Hand, daran erinnert, daß jeder seinen Teil für den Staat abgeben muß.

Nach die weiter vorgeschlagenen Grundwiedergebilde trifft die Gemeinden; denn bisher hatten sie hier ebenfalls eine hübsche Einnahmequelle, fortan werden die diese Einnahmen dem Staat überlassen. Wohl werden die Abgaben so in die Höhe gedrückt, daß den Gemeinden die bisherigen Einnahmen weiter erlaubt werden können. Die weit Ausbreitung des Glücksspiels hat Schiffer wohl den Gedanken eingegeben, die Spielkarten-Stampelsteuer zu erhöhen. Die weiter ausgearbeitete Jünderwarensteuer ist, was man sofort merkt, ein Vorstoß, eine Steuer, die irgend einen Einfluß die Unruhen veranlaßt. Gedächtnis ist schon die letzte Steuer in dem Reigen, den Schiffer geschickt und Dr. Dernburg so leicht herausbringt. Man denkt an ein Rauchersteuer. Die Grundbesitzer sollen für die Aufhebung der bisher bestehenden Grundbesitzbeschränkungen die Festsetzung einer Steuer an das Reich zahlen, weil die Grundstücke dadurch beträchtlich an Wert gewinnen. Wohl die meisten haben sich gedacht, daß das Reich aus dem Verkauf der Festungen einen Vorteil ziehen wird. Wie es heißt, wird die Nationalversammlung demnach schon diese Abgabe des ersten Reichsfinanzministers der deutschen Republik fast näher betrachten können. Ob die Steuern tatsächlich als angenommen werden und ob man Dernburg nicht empfehlen wird, doch die Steuern aus diesem Stand, die dazu geeignet scheinen, mit seinen Plänen zu verbinden, läßt sich nicht sagen. Steuerkommissionen brauchen die Parteien ja immer für Wohlstand und zerrissen ist die schärfste Stimmung. Daher wird die Regierung jedenfalls der Nationalversammlung dieses Streikrecht erst dann überantworten, wenn ein Streit in den Reihen der Ertrömmen immer noch so schwieriger Lage noch außen und innen weniger haben kann.









